

## Bisexuelles Netzwerk e. V.

### **Welche Maßnahmen - speziell für bisexuelle Menschen - planen Sie im Gesundheitssystem umzusetzen?**

Wir stehen für eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Wir wollen die Gesundheitsvorsorge verbessern und es den Menschen ermöglichen, Erkrankungen zu vermeiden oder zumindest frühzeitig zu erkennen. Dafür wollen wir die Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung weiter ausbauen. Den Leitgedanken von Vorsorge und Prävention wollen wir auch auf gender- und geschlechtsspezifische Gesundheitssituationen ausweiten. Männer und Frauen erkranken aufgrund biologischer Unterschiede verschieden. Auch die sexuelle Identität kann Einfluss auf das Gesundheitsverhalten und Erkrankungen haben. Dem sollten auch Medizin und Forschung Rechnung tragen. Wir setzen uns deswegen für konkrete Forschungsprojekte zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pharmazie in Nordrhein-Westfalen ein. Wir setzen uns zudem für eine LSBTIQ\*-sensible Altenpflege in Anlehnung an die kultursensible Altenpflege ein.

Die entsprechenden Ziele der neuen Bundesregierung, unter anderem den Gruppenausschluss bei der Blutspende zu beenden, unterstützen wir dabei.

### **Wie wollen Sie fördern, dass Schüler\*innen ganz konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?**

Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität treten wir entschieden entgegen. Wir setzen uns seit Jahren für die gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ\*, für Sichtbarkeit und Respekt sowie für den konsequenten Abbau von Diskriminierung und Gewalt ein. Hierbei spielen die Aufklärungsarbeit und Sichtbarkeit für uns eine große Rolle. Deshalb haben wir in Regierungsverantwortung in den letzten Jahren dafür gesorgt, die Haushaltsmittel für LSBTIQ\*-Politik auf ein Rekordniveau anzuheben. Wir haben unter anderem psychosoziale Beratungsangebote deutlich ausgebaut, um ihre wichtige Aufklärungs- und Beratungsarbeit zu unterstützen. Zukünftig werden wir vor allem im ländlichen Raum die Beratung ausbauen und hier vermehrt Projekte fördern. Wir wollen zudem die Haushaltsmittelförderung für die Träger von der Projekt- in eine dauerhafte Strukturmittelförderung überführen, damit deren Arbeit nachhaltig gesichert wird.

Wir wollen an den Schulen in NRW unsere Lehrkräfte im Thema LSBTIQ\* sensibilisieren und Präventionsschulungen, die den geeigneten Umgang mit Mobbing sowie jeglichen Formen psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt thematisieren, zum festen Bestandteil des Vorbereitungsdienstes für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter machen. Teil dieser Ausbildungsphasen sollen auch der Umgang mit Kindern und Jugendlichen in der Findungsphase ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sein.

### **Welche bi-spezifischen Schwerpunkte wollen Sie in Zukunft hier unterstützen?**

Kinder und Jugendliche sollen sich auch in der Schule mit Sexualität und verschiedenen, vielfältigen Lebensweisen auseinandersetzen. In der für die nordrhein-westfälischen Schulen geltenden „Richtlinie für die Sexualerziehung“ werden ausdrücklich die verschiedenen Ausdrucksformen von Sexualität, Hetero-, Bi-, Homo- und Transsexualität, benannt, „die, ohne Unterschiede im Wert, zur Persönlichkeit

des betreffenden Menschen gehören“. Wir wollen Lehrkräfte über die Aus- und Fortbildung sowie die Zusammenarbeit mit Beratungsstellen in die Lage versetzen, das wichtige Thema Sexualität mit all seinen Facetten im Unterricht in angemessener Weise anzusprechen. Dadurch soll eine stärkere Aufklärungsarbeit in den Schulen erfolgen können.

**Welche Möglichkeiten werden Sie in Zukunft nutzen, um die Forschung zum Thema Bisexualität voranzutreiben?**

LSBTIQ\*-Feindlichkeit und -Stigmatisierung wollen wir konsequent entgegentreten, bspw. durch Beiträge zur Aufdeckung und Widerlegung von Verschwörungstheorien. Weiter dürfen erfahrenes Leid und Unrecht, das auch über den damaligen § 175 StGB hinausging, nicht in Vergessenheit geraten, auch damit in Zukunft der Schutz vor Übergriffen und ein respektvoller und toleranter Umgang Normalität wird. Deshalb werden wir weiterhin Projekte zur historischen Aufarbeitung fördern. Wir setzen uns zudem für eine nachhaltige Finanzierung der Hochschulen ein, damit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiterhin im Rahmen der Hochschulfreiheit zu Themen mit gesellschaftlicher Relevanz wie z.B. Bisexualität forschen können.

Wir unterstützen die Bundesregierung aktiv bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans, welcher auch die Forschung zu sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität beinhalten soll. Zudem wird die Magnus-Hirschfeld-Stiftung durch die Bundesregierung weiter gestärkt, welche auch den Rahmen für Forschung zu Bisexualität in unserer Gesellschaft bietet.

**Welche vergleichbaren Aktionen können Sie sich vorstellen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?**

In Regierungsverantwortung haben wir eine Vielzahl von Maßnahmen zur Stärkung von LSBTIQ\*-Menschen umgesetzt. Dazu zählen unter anderem die finanzielle Förderung der LSBTIQ\*-Politik auf Rekordniveau, der deutliche Ausbau psychosozialer Beratungsstellen und das bundesweit einmalige Portal [inter-nrw.de](http://inter-nrw.de), das das Informations- und Beratungsangebot deutlich stärkt. Wir wollen diesen eingeschlagenen Weg weiter fortsetzen und uns für die vollständige Gleichstellung von LSBTIQ\*\*-Personen oder Regenbogenfamilien einsetzen. Wir wollen darum beispielsweise die Aufklärungs- und Toleranzprojekte weiter ausbauen, für eine LSBTIQ\*-sensible Altenpflege sorgen sowie die psychosozialen Beratungsangebote im ländlichen Raum verstärken. Denn neben Aufklärungs- und Toleranzprojekte in Schulen und Jugendarbeit, bedarf es aber auch Projekte für Senioren durch Peer-to-peer-Beratung. Insbesondere diese Altersgruppe war noch von der Unterdrückung und Verfolgung unter dem alten § 175 StGB betroffen und benötigt in Folge von Geheimhaltung ihrer sexuellen Orientierung oder traumatischer Erfahrungen aufgrund von sozialer Isolation oftmals Unterstützung.

Wir wollen das Landesgleichstellungsgesetz zu einem Landesdiversitätsgesetz weiterentwickeln und den heutigen Lebensverhältnissen anpassen.

**Wie werden die Menschenrechte von Ihrer Partei künftig beachtet und welche Maßnahmen werden Sie dafür einleiten um o Verbesserung der Blutspenderegulungen zu erreichen? o Trans\*-Rechte sicherzustellen? o den Schutz im Grundgesetz zu verankern? o gemeinsame Elternschaft anzuerkennen?**

Wir setzen uns dafür ein, durch eine Änderung des Transfusionsgesetzes auf Bundesebene die Diskriminierung potenzieller Blutspenderinnen und Blutspender wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität auszuschließen. Für die Eignung ist nicht die sexuelle Identität maßgeblich,

sondern das individuelle Risikoverhalten eines jeden Menschen. Wir unterstützen darum das Vorhaben der Bundesregierung, das Blutspendeverbot abzuschaffen.

Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für eine Ersetzung des Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz ein. Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand müssen ohne diskriminierende Hürden grundsätzlich per Selbstauskunft möglich sein. Außerdem wollen wir den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität ergänzen.

Wir unterstützen das Ziel, den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 GG) um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität zu ergänzen und den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz zu ersetzen. Wir unterstützen außerdem die neue Bundesregierung bei dem Vorhaben, das Familienrecht zu reformieren.

**Wie werden die Menschenrechte von Ihrer Partei künftig beachtet und welche Maßnahmen werden Sie dafür einleiten um o Inter\*-Kinder zu schützen? o Konversionstherapien zu verbieten?**

Menschenrechte sind die Grundlage jeder liberalen und freien Gesellschaft und schaffen weltweit die Basis für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Wir sind überzeugt, dass der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte dringender denn je ist. Wir wollen, dass sich Deutschland gemeinsam mit EU-Partnern konsequent für die Stärkung von LSBTIQ\*-Rechten einsetzt, Menschenrechtsverletzungen an LSBTIQ\*-Menschen verurteilt und für die Abschaffung diskriminierender Gesetze eintritt.

Der Landtagsbeschluss zum Verbot medizinisch nicht gebotener Geschlechtsangleichungen war ein Meilenstein für den Schutz intergeschlechtlicher Menschen. Über das bundesweit einmalige Portal [inter-nrw.de](http://inter-nrw.de) haben wir das Informations- und Beratungsangebot deutlich gestärkt und wollen die Strukturen für intergeschlechtliche Menschen weiter ausbauen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für ein vollständiges Verbot auch von Konversionsbehandlungen an Erwachsenen ein. Darum begrüßen wir die Absicht der neuen Bundesregierung, die Strafausnahmen zum Schutz vor Konversionsbehandlungen aufheben und ein vollständiges Verbot von Konversionsbehandlungen prüfen zu wollen.